

## **NIEDERSCHRIFT**

### **über die 14. Sitzung der Gemeindevertretung vom 19.11.2007**

#### **TAGESORDNUNG:**

1. a) Bericht des Vorsitzenden
- b) Bericht des Gemeindevorstandes
- 2.) Einbringung 1. Nachtragshaushaltssatzung 2007 mit Anlagen
- 3.) Änderung Bebauungsplan „In der Heg II“
  - a) Beratung und Beschlussfassung über die abgegebenen Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB
  - b) Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB
- 4.) Wegeeinziehung Formerstraße, Flur 18, Flurstück 423, Gemarkung Straßebach
- 5.) Beratung und Beschlussfassung über die Beschaffung einer stationären Geschwindigkeitsmessanlage (Starenkasten)
- 6.) Nachwahl Kindergarten-Ausschuss Rittershausen
- 7.) Antrag der SPD-Fraktion:  
Überprüfung gemeindeeigener Gebäude hinsichtlich ihres Energiebedarfs und Einsparung möglicher Energiekosten
- 8.) Verschiedenes
- 9.) Grundstücksangelegenheiten

#### **Begrüßung, Beratungen und Beschlussfassungen:**

Mit der Begrüßung aller Anwesenden eröffnete Vorsitzender Nadler die 14. Sitzung der Gemeindevertretung in der laufenden Legislaturperiode.

Bei 20 anwesenden Gemeindevertretern wurde Beschlussfähigkeit festgestellt. Änderung der Tagesordnung wurde nicht beantragt.

#### **1. a)**

##### **Bericht des Vorsitzenden**

Gegen die Niederschrift vom 11.09.07 wurden keine Einwände vorgebracht. Das Protokoll ist damit angenommen.

#### **b)**

##### **Bericht des Gemeindevorstandes**

Bürgermeister Aurand ging auf folgende Themenkreise ein:

#### **a. Kooperationsvereinbarung mit der Lahn-Dill-Akademie (VHS)**

Im Zusammenhang mit der Steigerung der Repräsentanz der VHS in der Gemeinde Dietzhölztal wurde ein Kooperationsvertrag abgeschlossen, vorbehaltlich der abschließenden Zustimmung durch die Betriebskommission des LDK. In diesem Rahmen konnte Frau Haubeck als Ansprechpartnerin gewonnen werden. Zugleich mit der Ausweitung des Büchereiangebotes und der zusätzlichen Tätigkeit war eine geringfügi-

ge Aufstockung der Arbeitszeit und damit der Vergütung erforderlich.

**b. Storchweg - Bahnübergang**

Die notwendigen Angleichungsarbeiten sind abgeschlossen.

**c. Sportplatz SSV Steinbrücken**

Die Parkplatzerweiterung ist erfolgt. Ergänzend war die Abführung des Oberflächenwassers durch Einbau von Bord und Rinne auf die Länge von ca. 30 m notwendig.

**d. Anbindung Seltersweg / Am Heckelchen im OT Steinbrücken**

Der Pflasterbelag wurde aufgenommen und ausgetauscht gegen eine Schwarzdecke. Die Arbeiten sind abgeschlossen.

**e. Sportheim am Stadion**

Die Sanierung der Sanitäranlagen sowie die fachgerechte Fliesenverlegung sind abgeschlossen. Es fehlt lediglich noch die vorgesehene Holzdecke.

**f. Zuwegung TC Dietzhöhlztal**

Im Zusammenhang mit der Zurverfügungstellung des alten Tennisgeländes als Wanderparkplatz wurde die Zuwegung mit Schwarzdecke versehen.

**g. Sporthalle Hammerweiher**

Die Fertigstellung der Sporthalle zeichnet sich ab. Die Arbeiten liegen im Bauzeitplan. Die Einweihung ist vorgesehen für den 23.01.08.

**h. Volkstrauertag**

Wie im vergangenen Jahr waren die vier Veranstaltungen durch eine rege Teilnahme der Öffentlichkeit mit rd. 250 Personen geprägt. Die Veranstaltungen wurden von Dietzhöhlztaler Chören begleitet.

**i. Abschließend erkundigte sich GV Becker (CDU) nach einer Baumaßnahme Bordsteinverlegung im Ortsteil Steinbrücken, ob dabei eine Ausschreibung erfolgt sei.**

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass die Arbeiten im Rahmen der Jahresausschreibung vergeben wurden.

**2. Einbringung 1. Nachtragshaushaltssatzung 2007 mit Anlagen**

Einleitend wies Bürgermeister Aurand darauf hin, dass es sich um einen historischen Augenblick handelt, weil der Nachtragsetat letztmalig in

kameraler Form aufgestellt wurde.

Notwendig wurde der Nachtragsetat, weil sich die Festsetzungen gegenüber dem beschlossenen Gesamtetat wesentlich verändert haben.

Das Haushaltsvolumen erhöht sich um ca. 10,1 Mio. Euro auf rd. 23,5 Mio. Euro. Davon entfallen auf den VWH rd. 6,1 Mio. Euro und auf den VMH 3,9 Mio. Euro.

Die wesentlichen Veränderungen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes wurden erläutert. Insbesondere veränderten sich die Ansätze des Gewerbesteueraufkommens sowie im Umlagenbereich. Bei Letzterem ist zu berücksichtigen, dass die Kreisumlage gesenkt und erstmals die Schulumlage kostendeckend erhoben wird. Kostenneutralität innerhalb der Beträge war nicht möglich, weil bei der Kreisumlage sich die Aufwendung für den Hochwasserschutz niederschlagen.

Der Stellenplan weist lediglich geringfügige Veränderungen auf. Der Personalkostenanteil weist ca. 8,0% des Gesamthaushaltes auf und rd. 10,2% des VWH.

Als erfreulich ist die Rücklagsituation zu werten mit einer beachtlichen Zuführung von rd. 3,03 Mio. Euro auf über 4 Mio. Euro. Die Mindestrücklage wird um ein Vielfaches überschritten.

Demgemäß ist die Finanzsituation als solide zu bezeichnen, dennoch erscheint Euphorie nicht angebracht, weil im kommenden Jahr eine Steigerung der Umlage zu erwarten ist.

Kreditaufnahmen sind nicht vorgesehen. Demzufolge verringert sich der Schuldenstand entsprechend der regelmäßigen Tilgungen auf rd. 3 Mio. Euro.

### **3. Änderung Bebauungsplan „In der Heg II“**

**a) Beratung und Beschlussfassung über die abgegebenen  
Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung  
gemäß § 3 (2) BauGB**

**b) Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB**

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Einleitend erläuterte Bürgermeister Aurand die Notwendigkeit der Bebauungsplanänderung wegen der beabsichtigten Gewässerverlegung.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mit Beschluss vom 12.11.07 einstimmig der Gemeindevertretung den vorliegenden Beschlussempfehlungen zuzustimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 13.11.07 ebenfalls einstimmig der Gemeindevertretung die zweite Änderung des Bebauungsplans „In der Heg II“ zur Annahme empfohlen.

Fraktionsvorsitzender Kreck zeigte sich enttäuscht, weil die Erschließung des Baugebietes bisher nicht umgesetzt wurde. Er geht davon aus, dass trotz leichter Konjunkturabschwächung Gewerbeflächen im kommenden Jahr zur Verfügung stehen und die Gemeinde noch von der konjunkturellen Lage profitiert.

Abschließend votierte die Gemeindevertretung ohne weitere Aussprache wie folgt:

Einstimmig wurde den Beschlussempfehlungen auf den vorliegenden verkleinerten Stellungnahmen, lfd. Nr. 1 – 3, zugestimmt.

Ebenfalls einstimmig wurde der Bebauungsplan in der vorliegenden Form, bestehend aus Planzeichnung und textlichen Festsetzungen unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung zu den eingegangenen Stellungnahmen als Satzung beschlossen. Eingebunden ist damit zugleich die Begründung zum Bebauungsplan. Die Behörden, die im Rahmen der Anhörung der TOB Stellungnahmen abgegeben haben, werden von dem Ergebnis unterrichtet. Zugleich wird der Gemeindevorstand beauftragt, den Bebauungsplan nach § 10, Abs. 3, BauGB durch amtliche Bekanntmachungen zur Rechtskraft zu bringen.

4. **Wegeeinziehung Formerstraße, Flur 18, Flurstück 423, Gemarkung Straßebersbach**

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 12.11.07 einstimmig die Einziehung des Feldweges sowie die anteilige Veräußerung an die Anlieger gemäß Vorlage der Gemeindevertretung empfohlen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 13.11.07 ebenfalls einstimmig die Einziehung des Feldweges der Gemeindevertretung empfohlen.

Ohne weitere Aussprache beschloss die Gemeindevertretung einstimmig die die Einziehung des Feldweges Gemarkung Straßebersbach, Flur 18, Flurstück 423, und die anteilige Veräußerung an die Anlieger gemäß Vorlage.

5. **Beratung und Beschlussfassung über die Beschaffung einer stationären Geschwindigkeitsmessaanlage (Starenkasten)**

Einleitend erläuterte Bürgermeister Aurand die offene Haltung des Gemeindevorstandes mit dieser Thematik unter Berücksichtigung von Einwendungen aus der Bevölkerung, Anregungen des Elternbeirates der Grundschulen, von Schülern und Eltern sowie der Schulleitungen mit dem Ziel der Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Unter Berücksichtigung dieser Anregungen hat sich der Gemeindevorstand für die Aufstellung einer stationären Geschwindigkeitsmessanlage (Starenkasten) ausgesprochen und die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel für das kommende Jahr empfohlen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich in seiner Sitzung am 12.11.07 mit 5 Nein-Stimmen bei 2 Ja-Stimmen gegen die Beschaffung einer stationären Geschwindigkeitsanlage ausgesprochen.

Dagegen wurde mehrheitlich die Beibehaltung von mobilen Messungen an festgestellten Gefahrenpunkten und den ausgewiesenen Tempo-30-Zonen empfohlen.

In einer weiteren Empfehlung sprach sich der Ausschuss einstimmig dafür aus, die Kosten für eine Ampelanlage mit eingebauter Digitalkamera und gleichzeitiger Rotschaltung bei Geschwindigkeitsüberschreitung für den Standort „Jung-Stilling-Schule“ zu ermitteln.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 13.11.07 ebenfalls mit 5 Nein-Stimmen und 2 Ja-Stimmen die Errichtung von festen Starenkästen abgelehnt.

Dabei wurde zugleich angeregt, Überlegungen für eine verkehrsberuhigte Gestaltung der Hauptstraße in Verbindung mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen einzubringen.

Für die CDU-Fraktion wies Fraktionsvors. Kreck darauf hin, dass es sinnvoll sei, eine Trennung zwischen der Installation von stationären Geschwindigkeitsmessanlagen und der Dauerrotlichtampel in Verbindung mit Digitalkameraführung zu sehen. Dabei könnten sowohl die zu hohen Geschwindigkeiten in diesem neuralgischen Bereich, als auch die Rotlichtüberfahung miteinander verbunden werden und ggfls. mit Hilfe der Technik auch Einfluss auf die Geschwindigkeiten der LKW's ausgeübt werden. Nach seinen Recherchen in den Nachbargemeinden bremsen Verkehrsteilnehmer im Bereich der Starenkästen ab und beschleunigen danach erneut. Aus diesem Grund sollte die Beibehaltung der mobilen Messung erfolgen, die zugleich auch eine größere Flexibilität sicherstellt, insbesondere in den Bereichen der 30 km/h – Zonen an Kindergärten und Schulen. Infolge der Kosten für die Installation von stationären Geschwindigkeitsmessanlagen sei die Fraktion daher gegen eine Bereitstellung der Finanzmittel unter Beschränkung auf die weitere Beibehaltung der mobilen Messung.

Die SPD-Fraktion – Fraktionsvors. Scholl – sieht in der Errichtung von stationären Geschwindigkeitsmesseinrichtungen einen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Einigkeit besteht allerdings darüber, dass im Bereich der Jung-Stilling-Schule die Notwendigkeit zur Geschwindigkeitsreduzierung besteht. Differenzen bestehen lediglich in der Auffassung der gefahrenen Geschwindigkeiten an den Ortseingängen. Hier wird ebenfalls die Notwendigkeit einer Geschwindigkeitsreduzierung gesehen. Dabei wird durch die Errichtung von Starenkästen Personalkapazität frei, die anderweitig bei mobilen Messungen in den von der CDU-Fraktion genannten Bereichen verstärkt eingesetzt

werden können.

GV Reh (FDP) hält die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für sinnvoll, stellt aber die Präventivwirkung der stationären Geschwindigkeitsmesseinrichtungen teilweise in Frage. Zumindest nachts wird eine solche Einrichtung durchaus für notwendig angesehen, weil die LKW's die Ortsdurchfahrten sicherlich recht zügig befahren. Ergänzend zu derartigen Einrichtungen hält er eine Geschwindigkeitswarnanlage mit digitaler Anzeige für sinnvoll, die entweder gekauft oder auch über die Verkehrswacht angemietet werden kann. Unbeschadet davon wird die Beibehaltung der mobilen Überwachung begrüßt.

Fraktionsvors. Kreck (CDU) hielt die Ausführungen der SPD-Fraktion bezüglich einer Beibehaltung der Mobilmessung nicht in der Vorlage enthalten. Im übrigen wurden die Vorschläge der GV Scholl (SPD) und Reh (FDP) als nicht eindeutig formuliert betrachtet. Im Hinblick auf eventuelle weitergehende Anträge gegenüber dem Haupt- und Finanzausschuss sollte ein entscheidungsrelevanter Vorschlag eingebracht werden.

GV Reh (FDP) sprach sich daher für beide Möglichkeiten aus, sowohl stationär als auch Beibehaltung mobiler Messung.

Für die SPD erklärte GV Möller die Notwendigkeit der Abstimmung über den vorliegenden Antrag, nicht zuletzt auch wegen der zunehmenden Belästigungen von Anliegern der Hauptstraße.

GV Geppert (CDU) unterstützte die Ausführung seines Fraktionsvorsitzenden hinsichtlich einer getrennten Betrachtungsweise der Geschwindigkeitsmessungen und deren Auswirkungen.

Abschließend sah Fraktionsvors. Kreck (CDU) den Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses als den weitestgehenden an und regte daher die Abstimmung darüber an.

Im Gegensatz hierzu hielt Vorsitzender Nadler (CDU) zunächst drei Abstimmungen für erforderlich.

Aus der weiteren Diskussionsfolge kristallisiert sich jedoch dann die Entscheidungsfindung über die eingebrachte Vorlage des Gemeindevorstandes heraus mit der Errichtung einer stationären Geschwindigkeitsmessanlage mit bis zu fünf Starenkästen und über die Kostenschätzung einer Dauerrotlichtampelanlage im Bereich der Jung-Stilling-Schule, wie vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlen.

Abschließend votierte die Gemeindevertretung mit 7 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen gegen eine Errichtung von stationären Geschwindigkeitsmessanlagen bis zu fünf Starenkästen.

In einer weiteren Abstimmung folgte die Gemeindevertretung mit 19 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses bezüglich der Kostenermittlung für eine Ampelanlage mit Dauerrotlicht-

schaltung und eingebauter Digitalkamera im Bereich der Jung-Stilling-Schule.

## **6. Nachwahl Kindergarten Ausschuss Rittershausen**

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Vor Eintritt in die Beratung verließ GV Kreck (CDU) den Sitzungssaal, gemäß § 25 HGO.

Nachdem das bisherige Ausschussmitglied, Sabine Georg, die Mitwirkung im Kiga-Ausschuss Rittershausen niedergelegt hat, war die Neubesetzung erforderlich.

Vorgeschlagen wurde Frau Birgit Kreck, Sonnenstr. 44, 35716 Dietzhölztal.

Ohne Aussprache sprach sich die Gemeindevertretung einstimmig für die nachnominierte Frau Kreck, als neues Ausschussmitglied aus.

An der weiteren Beratung nahm GV Kreck (CDU) wieder teil.

## **7. Antrag der SPD-Fraktion: Überprüfung gemeindeeigener Gebäude hinsichtlich ihres Energiebedarfs und Einsparung möglicher Energiekosten**

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Ergänzend erläuterte Fraktionsvors. Scholl (SPD) die Antragstellung mit dem Hinweis auf die bereits erfolgte Beratung zur Sanierung der Mehrzweckhalle.

Die SPD-Fraktion hält eine generelle Prüfung aller gemeindlichen Gebäude für erforderlich im Hinblick auf Energieeinsparung, verbesserte Wärmedämmung sowie zum Beitrag der Nachhaltigkeit einer verantwortungsbewussten Energiebewirtschaftung. Mit diesem Beschluss sollte zugleich ein Signal an den Gemeindevorstand gerichtet werden, die Situation zu prüfen.

Für die CDU-Fraktion zeigte sich Fraktionsvors. Kreck erfreut über die Antragstellung der SPD. Allerdings sah er in dem Antrag ein Plagiat der Initiativen des Bundesumweltministers und verwies zugleich auf die bereits erfolgte Gesetzgebung des Energieeinsparungsgesetzes und darauf basierenden Anregungen des HSGB in Vorbildfunktion öffentlicher Einrichtungen bei der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben.

Ergänzend wurde die Antragstellung von der CDU-Fraktion erweitert auf die Notwendigkeit weiterer Wassereinsparung.

GV Geppert (CDU) hielt zudem eine Kostenschätzung im Rahmen der Antragstellung für unverzichtbar.

Abschließend sprach sich die Gemeindevertretung einstimmig für den Antrag der SPD-Fraktion aus in Verbindung mit der erweiterten Antragstellung der

CDU-Fraktion.

## 8. Verschiedenes

Folgende Anfragen wurden gestellt:

**GV Pfeifer (FWG):** - Beleuchtung Radweg zur Sporthalle -

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass die Möglichkeit zur Zeit nicht gegeben sei, sondern lediglich die Zuwegung zur Halle noch der Ausleuchtung bedarf. Die Anregung wird aber als sinnvolle Maßnahme gesehen und sollte daher geprüft werden für die Zuwegungen aus den Ortsteilen Steinbrücken, Mandeln und Ewersbach. Im Übrigen mangelt es derzeit noch an der Kabelverlegung.

Die ergänzende Anfrage von GV Kreck (CDU) zum Kostenaufwand für eine Straßenlaterne, bezifferte Bürgermeister Aurand mit rd. 1.000,00 €

**GV Scholl (SPD):** - Ehrenamtskarte – Kostenermäßigung bei der Minigolfanlage -

Angeregt wurde ebenfalls die Integration der Jugendleiter in die Kostenvergünstigung.

Bürgermeister Aurand sagte die analoge Einbindung zu.

**GV Kreck (CDU):** - Beleuchtung Weihnachtsbaum  
Ishibashi-Anlage -  
Ergänzung der Lichterketten -

- Sanierung Sportheim Stadion -  
Diskrepanzen -

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass noch die Decke in den Duschräumen verkleidet werden muss. Die Materialkosten werden von der Gemeinde übernommen.

**GV Reh (FDP):** - Sporthalleinweihung – Belegung -  
Sachstand -

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass die Vereine bezüglich der Belegungswünsche angeschrieben wurden. Die Koordination der Belegungswünsche wird von der Gemeinde erfolgen unter Berücksichtigung der Zeitkapazitäten.

Neben der offiziellen Einweihung ist ein Tag der offenen Tür vorgesehen, damit die Bevölkerung Gelegenheit hat, die Räumlichkeiten zu betrachten.

**GV Geppert (CDU):** - Sachstand MZH – Sanierung -

Bauausschussvors. Brömer (FWG), der zugleich Planungsingenieur für die notwendigen Sanierungsarbeiten in der Mehrzweckhalle ist, wies darauf hin, dass in Abstimmung mit der Bauaufsicht und unter Beachtung der Änderung der Rechtslage, die MZH inzwischen als Sonderbau gesehen werden muss, bei dem die Nachrüstung mit zwingend erforderlichen Brandschutzeinrichtungen notwendig ist. Diese Arbeiten laufen derzeit und bedürfen der abschließenden Prüfung der Bauaufsichtsbehörde.

- Radweg Mandeln -

Nach Verlegung der Gasleitung hat sich herausgestellt, dass die zugleich verlegte Drainage nicht ausreichend ist. Überflutungen wurden bereits festgestellt.

Bürgermeister Aurand verwies auf die fachgerechte Verlegung der Drainage und zugleich auf die beachtlichen Niederschläge in letzter Zeit.

Ergänzend wies GV Brömer (FWG) ebenfalls darauf hin, dass die Drainage ordnungsgemäß verlegt sei. Primär tritt die Überflutung durch Oberflächenwasser auf, das bergseitig aus dem Böschungsbereich austritt.

Dagegen sah GV Becker (CDU) in der verlegten Drainage lediglich die Möglichkeit der Abführung unterirdisch anfallenden Wassers. Er hielt eine Verrohrung für dringend erforderlich.

- Anfrage zur letzten GV-Sitzung wegen Schuttabladung im Bereich Stockwies -

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass die Angelegenheit überprüft wurde und es sich bei der Erdaufschüttung nicht um Schutt handelt. Im Übrigen ist die Einebnung der Fläche bereits erfolgt.

**GV Prior (CDU):** - Sanierung Bahnübergänge -

Der Übergang in der Heg wird als Sprungschanze gesehen -

Dem hielt Bürgermeister Aurand entgegen, dass zunächst die Bahnübergänge Talstraße und Storchweg saniert wurden. Weitere Bahnübergänge sind im kommenden Haushaltsjahr vorgesehen.

- Verlegung Grünbach -

Es gelangt kein Wasser in den Stauweiher -

Dem widersprach Bürgermeister Aurand. Nach Feststellung des Bauamtes ist bei starken Niederschlägen die Wasserführung in den Stauweiher gegeben.

**GV Schüler (CDU):**

- Zustand Ishibahi-Anlage -

Angeregt wurde die analoge Vorgehensweise einer gärtnerischen Gestaltung des Kreisverkehrs in Eibelshausen -

Bürgermeister Aurand griff die Anregung auf im Hinblick auf die vorgesehene Gestaltung im Bereich der neuen Sporthalle. Ggf. sollte in diesem Rahmen dann eine Umgestaltung, bzw. Vergabe, unter Einbindung heimischer Gartenbaubetriebe ermöglicht werden.

**GV Braun (CDU):**

- Sachstand Hammerweiher-Konzept -

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass gegenwärtig die dringend notwendige Vermessung für die Gestaltungsplanung läuft.

- Mobile Geschwindigkeitsmessungen in den Abendstunden -

Bürgermeister Aurand bejahte diese Möglichkeit.

**GV Kreck (CDU):**

- Oberflächenwasserabführung im Bereich „Auf der Weide“ -

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass mit den Anliegern Kontakt aufgenommen wurde, mit einem Anlieger ein finanzieller Ausgleich gefunden wurde und im Übrigen das Theologische Seminar bereit ist, ein Rückhaltebecken auf eigenem Terrain zu errichten. Darüber hinaus haben Anlieger Widerspruch gegen die Bauausführung der Sportanlagen auf dem Gelände des Theologischen Seminars bei der Bauaufsichtsbehörde eingelegt. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

gez. Schriftführer

gez. Vorsitzender